

AUSSPRACHE

„Investivlohn" unter falschen Prämissen

In den Gewerkschaftlichen Monatsheften März 1965 findet sich der Beitrag von *Axel-Bernd Stiller*, „Probleme einer Investivlohnregelung". Schon in seinen Definitionen zum Begriff des Investivlohnes sind Behauptungen enthalten, die im Interesse einer weiterhin aktiven gewerkschaftlichen Lohnpolitik, die auch der Vermögensbildung der Arbeitnehmer aus eigenem Sparwillen und eigener Sparfähigkeit dienen soll, einer näheren Betrachtung unterzogen werden sollten.

Stiller schreibt zum Beispiel, der Investivlohn werde den Arbeitern in Wertpapieren oder sonstigen Gutschriften gewährt. „Bei der heutigen hohen Konsumeignung bestände jedoch die Gefahr, daß die Wertpapiere bald verkauft und ihre Erlöse konsumtiv verwandt würden, wenn über sie von Anfang an frei verfügt werden könnte. Man wird deshalb diese Gutschriften einer Sperrfrist unterwerfen müssen."

Schon dazu wäre zu sagen, wenn die ganze Vermögensbildung aus Arbeitseinkommen nur zwangsweise zu erreichen ist, indem man seine konsumtive Verwendung, wenn auch nur zeitweise, verhindert, dann sollten wir darauf verzichten. Wer garantiert uns dafür, daß nicht nach Ablauf der Sperrfrist die dann frei gewordenen Ersparnisse geballt in den Konsum fließen und dann sowohl den Wertpapiermarkt durch Überangebot als auch den Konsumgütermarkt durch stoßweise Nachfrage in

Unordnung bringen. Vermögenspolitik "der Gewerkschaften, gleichgültig mit welchen Mitteln und Methoden man sie betreibt, sollte von vornherein auf Einkommensüberschüsse bezogen sein, die die Bedürfnisse eines normalen Konsums überschreiten. Andernfalls wird die Vermögenspolitik zum Zwangssparen von konsumfähigen Einkommen für Zwecke der Investition, dessen zwangsläufige Folge die konsumtive Verwendung der Ersparnisse am Ende der Sperrfrist und die Gefährdung der Investition und des Preisniveaus wäre. Ist die Voraussetzung: Vermögensbildung aus Überschüssen des Arbeitseinkommens, die die Konsumnotwendigkeiten überschreiten, nicht gegeben, so ist auch die zweite Prämisse, die Stiller stellt, falsch:

„Diese Sperrfrist würde einmal verhindern, daß der Investivlohn, statt in die Investition, in den Konsum fließt (hier die Nachfrage gegenüber dem Angebot steigert und somit preissteigernd wirkt), zum anderen würde sich dadurch das erstrebte Vermögen in Arbeitnehmerhand bilden.“

Es ist richtig, die Sperrfrist verhindert zeitweise die konsumtive Verwendung des Arbeitseinkommens — Investivlohns —, sie erhöht aber gleichzeitig die kaufkräftige Nachfrage nach Investitionsgütern. Daraus kann man, ebenso schlüssig folgern, daß die das Angebot an Investitionsgütern nunmehr überschreitende Nachfrage preissteigernd wirkt, und — glaubte man an das Modell der Marktwirtschaft — weiter folgern, die nunmehr gesunkene Nachfrage nach Konsumgütern wirkte sich preisdrückend auf die Konsumgüter aus. Diese Wirkung müßte sich mindestens bei zwei „Grundtypen des Investivlohns“ ergeben, die Stiller folgendermaßen charakterisiert: a) Der „substraktive“ Investivlohn, das sind investierte Lohnanteile, denen keine Lohnerhöhung vorausging, b) der „alternative“ Investivlohn, das sind ganz oder teilweise investierte Lohnerhöhungen, die fällig waren.

In beiden Fällen darf man voraussetzen, daß sich die Konsumgüterindustrie in ihrer Produktion auf die mit dem Zuwachs des Sozialprodukts und damit der Lohnerhöhungen wachsende Nachfrage nach Konsumgütern eingestellt hat. Stimmt jetzt das Modell und wäre es vor allem so einfach, wie es hier dargestellt wird, so müßten die Preise der Konsumgüter sinken, weil die erwartete Nachfrage wegen der investiven Verwendung des Lohnzuwachses nicht eintritt. Diese Annahme geht leider an der Tatsache vorbei, daß wir Produktionsüberschüsse, zur Aufrechterhaltung des Binnenpreisniveaus, teilweise billiger ins Ausland verkaufen und teilweise sogar mit staatlichen Exportsubventionen. Dieses Mittel der Preisstabilisierung und Preiserhöhung hat man in der Praxis der sozialen Marktwirtschaft seit 1948 sogar angewandt, ohne

den billigen Vorwand der Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu haben. Die wirtschaftspolitische Praxis ist eben anders als das Modell, und wir sollten uns doch wohl mit der Praxis auseinandersetzen.

Im übrigen sollten selbst nach dem Modell diese beiden Grundtypen des Investivlohns — investierte Lohnanteile, die ohne Lohnerhöhungen oder im Rahmen fälliger Lohnerhöhungen vermögenswirksam verwandt werden — auch bei konsumtiver Verwendung nicht preissteigernd wirken, da sie keine das Angebot übersteigende Nachfrage darstellen. Wer das bestreitet oder aus ihnen die Prämisse Stillers ableitet, bedient sich des gängigen Argumentes der Unternehmer von der sogenannten Lohn-Preis-Spirale.

Als dritten Grundtyp des Investivlohns stellt Stiller den „additiven“ Investivlohn vor, der zusätzlich zur normalen Lohnerhöhung gewährt werde. Er unterscheidet zwei Untertypen: 1. der investierte Lohnanteil und die normale Lohnerhöhung zusammen hielten die Grenze des Produktivitätszuwachses ein und 2. die Grenze, des vorangegangenen Produktivitätszuwachses werde überschritten. Das ist eine erstaunliche Definition. Bisher haben selbst die Unternehmer die Ansicht vertreten, eine „normale“ Lohnerhöhung bewege sich in den Grenzen der zugewachsenen Produktivität. Wenn sich nun Lohnerhöhung und Investivlohn zusammen in diesen Grenzen bewegen, wieso ist dann der Investivlohn „additiv“, also zusätzlich? Er kann es doch nur dann sein, wenn er eben zusätzlich, zum an der Produktivität orientierten Lohnzuwachs, gewährt wurde.

Noch unklarer wird dem Leser dieser Beitrag, wenn er sich mit den „Gleichungen“ befaßt, die Stiller ihm anbietet. Stiller behauptet, uns allen sei bekannt:

$$Y (\text{Volkseinkommen}) = C (\text{Konsum}) + I (\text{Investition})$$

Das ist einfach falsch. Das Volkseinkommen (Y) ist das „Nettosozialprodukt zu Faktorkosten“, und das ist ein Restposten, der sich aus folgender Rechnung ergibt:

$$\begin{aligned} & \text{Bruttosozialprodukt} \\ & \text{./. Abschreibungen (das sind auch} \\ & \quad \text{Investitionen)} \\ & = \text{Nettosozialprodukt zu Marktpreisen} \\ & \text{./. indirekte Steuern (Staatseinkommen,} \\ & \quad \text{aus dem auch der Staat investiert)} \\ & = \text{Nettosozialprodukt} \\ & \quad \text{zu Faktorkosten} = Y \end{aligned}$$

In diesem Y, dem Volkseinkommen, sind noch die direkten Steuern der Selbständigen und der unselbständig Beschäftigten sowie die Beiträge zur Sozialversicherung enthalten. Was dann noch verbleibt ist Unternehmergewinn (Q) und Arbeitseinkommen (L).

Q und L kann also zusammen niemals Y sein wie in Gleichung 2 behauptet. Demzufolge ist auch die Gleichung 2 a, nämlich Q (Unternehmergewinn) sei gleich Y minus L, also das Volkseinkommen abzüglich des Lohnes, völlig unvertretbar. Hier sind dem Unternehmergewinn die direkten Steuern und Sozialbeiträge auch noch als Gewinne ange-rechnet worden.

Ebenso falsch ist zufolge des Vorgesagten die Gleichung 3, die das C in Gleichung 1 in Konsum der Unternehmer Cu und Nichtunternehmer Cnu aufgliedert, hier die Investitionen hinzurechnet und nun behauptet, man habe wiederum Y. In dieser Gleichung wurden die indirekten und direkten Steuern des Staates, die teilweise Investitionen und zum anderen die übertragenen Einkommen — Renten, Beamtenpensionen — sowie weiterhin die sozialen Beiträge übergangen, abgesehen von den Abschreibungen.

Richtig ist erst die Gleichung 4, die besagt, Gewinn (Q) sei gleich dem Konsum der Unternehmer (Cu) plus ihrer Ersparnis (Su). Falsch dagegen ist wiederum die Gleichung 5. Sie behauptet, der Konsum der Nichtunternehmer (Cnu) zuzüglich der Ersparnis der NichtUnternehmer (Snu) sei gleich dem Lohn. In dieser Gleichung haben die übertragenen Einkommen, die teils aus Beiträgen, teils aus Steuern gewährt wurden, und damit der Konsum auch dieser NichtUnternehmer sowie deren Ersparnisse keine Berücksichtigung gefunden; sie sind einfach dem „Lohn“ hinzugerechnet. Damit wäre der „Lohn“ gleich dem, was wir sonst als Masseneinkommen bezeichnen, es ist die Summe der Löhne, Gehälter und Renten, Pensionen usw. Die Gleichung 2 a (Q gleich Y minus L) wird wegen der Unklarheit, was denn nun überhaupt unter L zu verstehen sei, noch weniger beweiskräftig. Aber sie soll nun als Grundlage der Gleichung 5 beweisen, daß Ersparnisse der NichtUnternehmer die Gewinne der Unternehmer einschränken. Ihr Ergebnis ist die Formel:

$$Q = Cu + I - Snu.$$

Das soll heißen, der Gewinn der Unternehmer (Q) sei gleich dem Konsum der Unternehmer (Cu) zuzüglich der Investitionen (I) abzüglich der Ersparnisse der Nichtunternehmer (Snu). Auch der Versuch, diesen theoretischen Beweis mittels fiktiver Zahlen, z. B. $Y = 10 = 6C + 4I$ zu untermauern, führt uns nicht weiter.

Nehmen wir lieber die verfügbaren Zahlen der Sozialproduktsrechnung 1964. Sie führen uns sehr schnell die Unhaltbarkeit der Gleichungen vor Augen.

Das Bruttosozialprodukt betrug:	412,5 Md. DM
davon Abschreibungen und indirekte Steuern	97,2 Md. DM

verbleibt

„Volkseinkommen“ = Y 315,3 Md. DM

Nach Gleichung 1 ist $Y = C + I$. Das heißt, C wäre der private Verbrauch, I wären die Investitionen.

Der private Verbrauch hat 1964	232,4 Md. DM
und die Investitionen haben (Anlageinvestitionen, Vorräte, Außenbeitrag)	118,2 Md. DM
betragen,	
das wären insgesamt	350,6 Md. DM
Man sieht also, Y ist nicht gleich Y.	

Gleichung 2 ($Y = L + Q$) soll bedeuten, das Volkseinkommen sei gleich den Gewinnen der Unternehmer Q und der Summe der Arbeitseinkommen L. Diese Gleichung stimmt nur dann, wenn man

die Bruttoeinkommen der Unternehmer	110,9 Md. DM
und die Bruttoeinkommen der unselbst. Beschäft.	204,4 Md. DM
addiert;	
sie ergeben Y gleich	315,3 Md. DM

So lassen wir jedoch die Sozialbeiträge, die direkten Steuern, die allein bei den Arbeitnehmern 53,7 Md. DM und bei den Unternehmern 31,2 Md. DM betragen haben, unberücksichtigt.

Man muß die Beträge jedoch berücksichtigen, weil man sonst in der Gleichung 2 a ($Q = Y - L$) den Unternehmern die Steuern mit als Gewinn und den Arbeitnehmern die Lohnsteuern und Sozialbeiträge als Einkommen anrechnet. Beides ergäbe ein falsches Bild.

Nicht besser ist die Gleichung 3 ($Y = Cu + Cnu + I$).

Auszugehen wäre wieder vom „Volks-einkommen“ = Y	315,3 Md. DM
Cu, der Konsum der Unternehmer, wären die „Privatentnahmen der Selbständigen“	58,2 Md. DM
Cnu wären aber sowohl der Konsum der Lorm- und Gehaltsempfänger als auch der Empfänger übertragener Einkommen, also das „Massen-einkommen“	202,4 Md. DM
macht zusammen	260,6 Md. DM
von denen die Ersparnis abzuziehen wäre	./ 28,2 Md. DM
Cu plus Cnu machen die Investitionen betragen	118,2 Md. DM
ergäbe als	
$Cu + Cnu + I = Y$	350,5 Md. DM

Es ist also von zwei verschiedenen Y die Rede, wie von verschiedenen Inhalten bei L ausgegangen sind. Daher ist es völlig unmöglich, die letzte Gleichung, die als $Q = Cu + 1 - Snu$ den Beweis erbringen soll, die Ersparnis der NichtUnternehmer schränkte die Gewinne der Unternehmer ein, an Hand dieser Zahlen aufzulösen.

Im übrigen findet diese theoretische Betrachtung auch in den volkswirtschaftlichen Tatbeständen keine Stütze. Trotz der seit Jahren anhaltenden Sparrate, sie stieg im letzten Jahr auf den kaum für möglich gehaltenen Stand von 10,8 vH der verfügbaren Einkommen, gegenüber 8,5 vH = 1961 und 6 vH = 1950, sind die Gesamtinvestitionen — und das sind keineswegs allein Gewinne der Unternehmer und damit Q — von 22,3 vH des Sozialproduktes 1950 über 26,7 vH = 1960 auf 27,1 vH im Jahr 1964 gewachsen. Damit hat die Ersparnis aus konsumfähigem Einkommen nicht zur Minderung der Gewinne, sondern nur zur Erhöhung der Investitionen beigetragen. Es bleibt durch die Sozialproduktsrechnung kommender Jahre zu beweisen, ob der Investivlohn letztlich nicht nur zusätzliche Investitionsmittel — zu den uneingeschränkten Gewinnen der Unternehmer — bereitstellt, unter Verzicht auf Zuwachsraten beim privaten Verbrauch.

Rudolf Dux, Bonn

Zum Thema Jugend und Politik

In seinem Artikel „Jugend und Politik“ (GM 3/1965) fordert *Christian Götz*, unsere Gesellschaft den jungen Menschen durchsichtiger zu machen. Diese Forderung läßt sich nicht verwirklichen, da die Struktur unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft und unseres Parlamentarismus eine einzige Verkettung von Problemen darstellt, die sich gegenseitig bedingen und die nirgends einen Ansatzpunkt für eine Entwirrung bieten.

Dieser Komplex läßt sich — stark vereinfacht — in drei Gruppen unterteilen. Erstens: Die größtmögliche Nutzung des Kapitals führt zu Produktionssteigerung und infolge des unzulänglichen Systems der Verteilung zu Absatzschwierigkeiten und zur Wissenschaft des Marketing, die unter Ausnutzung psychologischer Erkenntnisse, über Empfindungen und unterschwellige Strebungen den Konsum zum Lebenszweck erhebt, ihn zum Maßstab gesellschaftlicher Rangfolge macht und das vernunftgeleitete Handeln immer mehr verkümmern läßt. Zweitens: Die ehemaligen Klassen gehen damit zwangsläufig im Verbands- und Organisationspluralismus auf. Die Interessenverbände engagieren den einzelnen Staatsbürger, entsprechend seiner persönlichen Sonderinteressen, nach den verschiedensten Richtungen, zumal diese Institutionen eindeutige Ziele

anstreben und erheblichen Einfluß auf die politischen Parteien ausüben, während sich, drittens, die Parteien gezwungen sehen, von Klassenparteien zu Integrationsparteien zu werden, um die Vertreter möglichst vieler ökonomischer Interessen zu gewinnen, weshalb sie ihre Ziele pragmatisch und so allgemein wie möglich umreißen und zu Wahlkampfmethoden greifen, die dem von der Verbraucherbeeinflussung geformten Kollektivbewußtsein gerecht werden.

Vielleicht wäre die Demokratisierung der Wirtschaft eine Möglichkeit, sie wieder zu dem zu machen, was sie zu sein hat. Dazu bedürfte es jedoch einer Bewegung, mit der aus den obigen Gründen immer weniger gerechnet werden kann!

Ein Vergleich der von Christian Götz angeführten Untersuchung *Jaides* mit einer ähnlichen, etwa zu gleicher Zeit von *Habermas* und seinen Mitarbeitern¹⁾ durchgeführten Untersuchung, zeigt, daß beide zu beinahe gleichen Ergebnissen kamen, obwohl Jaide eine Repräsentativuntersuchung vornahm, während sich Habermas auf Studenten beschränkte. Das Vermitteln faktischen Wissens reicht also allein nicht aus, um ein fundiertes politisches Bewußtsein zu entwickeln. Zudem besagen diese Untersuchungen lediglich, daß 10 vH unserer Jugendlichen politisch engagiert und etwa 30 vH politisch interessiert sind.

Über das tatsächliche politische Urteilsvermögen ist damit jedoch noch nicht viel ausgesagt, denn gerade in der Politik schließen weder Interesse noch Engagement diese Fähigkeit automatisch mit ein. Das objektive Urteilsvermögen ist von der Weite und Tiefe des Bewußtseins abhängig. Deshalb könnte erst eine weitere psychologische Untersuchung dieser Jugendlichen jenen Anteil aussondern, der aufgrund seiner Bewußtseinsstufe tatsächlich befähigt ist, im demokratischen Staatswesen tragend, bewahrend und entwickelnd zu wirken.

Damit erhebt sich die Frage nach den Voraussetzungen, unter denen die erforderliche Intensivierung der politischen und staatsbürgerlichen Bildungsarbeit überhaupt möglich und erfolgversprechend ist. Eine Antwort auf diese Frage läßt sich nur aus einer Untersuchung der Entwicklung und Struktur (nicht speziell des staatsbürgerlichen, sondern ganz allgemein) des menschlichen Bewußtseins finden.

Der geistigen Entwicklung des Menschen über das Tier hinaus entspricht, anatomisch-physiologisch, die progressive Zerebration des menschlichen Gehirns. Zum Alt- oder Uhirn tritt das Neuhirn, überlagert von der Hirnrinde (Cortex), dem Sitz des wachen Bewußt-

1) Vgl. Habermas, von Friedeburg, Oehler, Weltz: Student und Politik — Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten. 1961.

seins und der Hemm- und Kontrollorgane, gegenüber den reflektorisch-emotionalen Tiefenschichten. Das Tiefenhirn entwickelt sich nicht etwa weiter zum Cortex, sondern wird von diesem als einer neuen Schicht überlagert, ohne daß die darunter gelegene ihre Funktion verändert oder gar einstellt. Entsprechend diesem Aufbau unterscheidet die Psychologie im Individuum die Tiefen- und die Kortikalperson oder Persönlichkeitsschichten, denen verschieden intensive Bewußtseinsgrade zukommen.²⁾

Durch die Methoden der *Verbraucherbeeinflussung* (die weit mehr als die Summe der einzelnen Werbemaßnahmen umfassen) werden in den unbewußten Tiefenschichten jener Individuen, deren Bewußtsein nur mangelhaft ausgebildet ist, Leitbilder geprägt, die Standpunkte bedingen, die Urteile fällen und von denen Impulse zu Entscheidungen ausgehen, für die das Bewußtsein jederzeit Rechtfertigungen findet, die jedoch aus der gleichen Quelle inspiriert sind. Damit wird auch der zwischen Trieb und Geist liegende schöpferische Vervollkommnungsdrang, dessen Kräfte sowohl triebhaft-unbewußt als auch sublim in Erscheinung treten können, von seinem eigentlichen Ziel, der Weiterentwicklung des Individuums vom bloßen Dasein zum bewußten Sein — dem eigentlichen Prozeß des Menschwerdens — abgelenkt, und die Kortikalperson wird vollends daran verhindert, ihre „Bewußtseinszellen“ zu aktivieren. Statt dessen kommt es zu jenen Entartungserscheinungen, die sich durch alle Schichten unserer sogenannten Wohlstandsgesellschaft ziehen.

Daß das Anhäufen formalen Wissens allein keinen entscheidenden Einfluß auf die Bewußtseinsbildung hat, erklärt sich aus einer weiteren physiologisch-anatomischen Eigenart des Gehirns. Das aus ersten Sinneserfahrungen entstehende Wissen führt zu ersten Schlußfolgerungen (etwa: alle Großväter rauchen Pfeife; oder: der Schnee ist die größtmögliche Kälte). Zunächst weichen solche Schlüsse noch neuen Erkenntnissen, jedoch sind der ständigen Erweiterung und Vertiefung des Bewußtseins, sobald es über die einfache Sinneserfahrung hinausgeht, relativ enge Grenzen gesetzt.

Die psychische Energie, mit der eine Sache einmal verfolgt wird, ist genetisch festgelegt, nicht aber das Ziel, auf das sie einst gerichtet wird. Das Ziel aber wird im Zusammenwirken von Psychonomität und Umwelt bereits zu einer Zeit geprägt, zu der eine freie Willensentscheidung noch kaum möglich ist. Damit werden die Fakten bestimmt, die zum späteren Agieren und Reagieren veranlassen. Das Ziel wird quasi in die Hirnmatrize eingeritzt, und damit werden die Weichen für die Assoziatio-

nen späterer geistiger Begegnungen gestellt. Was in die vorgezeichneten Bahnen paßt, wird aufgenommen, ebenso was sich als negatives Gegenstück verwenden läßt. Alles, was dazwischen liegt, also geeignet ist, Zweifel zu nähren — und damit die Ruhe zu stören —, wird ausgesondert, schnell vergessen oder einfach nicht begriffen.³⁾ Paßt das Neue nicht in die einmal gegebene Struktur hinein, so ist es bereits durch den Versuch des Hineinzwängens in solchem Maße abgewertet, also geschwächt, daß es nicht mehr die Kraft hat, sich eine eigene Bahn zu gravieren. Der Mensch kann also schon sehr bald nur noch Vorbestimmtes wollen! (In der Psychopathologie begegnen uns fortwährend Beispiele von Gehirnlichen Fehlverbindungen, die von der Kraft einmal geformter Assoziate zeugen. Sie sind so intensiv, daß ein Betroffener bei bestimmten Apperzeptionen gegen seinen Willen zu bestimmten Handlungen gezwungen wird [z. B. Waschzwang], selbst dann noch, wenn durch Psychoanalyse die Ursache, die den Impuls auslöst, entdeckt und der Zusammenhang bewußt gemacht wird.)

Die für das Erhalten des seelischen Gleichgewichts sicher zweckmäßige Begrenzung der Assoziationsmöglichkeit birgt, nebst der Möglichkeit dauerhafter pathologischer Fehlverbindungen, auch eine Fülle gesellschaftspolitischer Gefahren. Durch einen allzufrühen Abschluß der Persönlichkeitsentwicklung und damit durch eine Entwicklungsfähigkeit des Bewußtseins (etwa durch die unbewußte Aufnahme konsumgesellschaftlicher Leitbilder, die — so lehrt es die Umwelt — keiner Ergänzung mehr bedürfen) kann sich kein umfassendes Urteils- und Kritikvermögen entwickeln; daran ändert auch ein gut ausgeprägtes Denkvermögen nichts. Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß die menschliche Natur dazu neigt, sich freiwillig entmündigen zu lassen, um nur noch das zu wollen, was sie nach ihrem Vormund zu wollen hat. Eine solche Entmündigung erfolgt z. B. dort, wo sich die absolute Treue zum Führer oder zur Partei manifestiert, dort, wo sich ein Glaubenssatz als absolute Wahrheit postuliert und wo eine raffinierte Reklamemaschinerie in Verbindung mit Massenkommunikationsmitteln bedenklichen Niveaus und häufig verwerflicher Tendenzen einen gewissen Lebensstil suggerieren.

Wir als Gewerkschafter haben den gesellschaftspolitischen Auftrag, jeder geistigen Entmündigung, ganz gleich, ob gewollt oder zufällig, von welcher Seite und aus welchen Motiven sie erfolgt, durch die Ausbildung zu größtmöglichem Weit- und Überblick, zu Toleranz und größtmöglicher Urteilsfähigkeit entgegenzuwirken. In dem Maße, in dem das gt, verändert sich auch der politische Ha-

2) Vgl. Rothacker: Die Schichten der Persönlichkeit. 5. Aufl. 1953.

3) Vgl. Baranowsky: Das Bewußtsein von der Welt. Die freigeistige Aktion, Nr. 5/6 1964. ■

bitus junger Menschen zugunsten der demokratischen Erfordernisse.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Erkenntnistherapie des Begründers der Psychobiologie *H. Lungwitz*⁴⁾, der geistig-psychische Fehlverbindungen, die sich nicht allein dadurch lösen, daß sie bewußt gemacht werden, durch eine philosophische Neuorientierung des Patienten heilt. Er soll durch die Erweiterung seines Gesichtskreises dazu gebracht werden, praktisch aus sich heraus zu treten und von neuer, höherer Warte die Möglichkeit haben, sich in seiner ganzen bisherigen Unzulänglichkeit selbst zu begutachten.

Damit bietet sich eine Fülle von Gebieten für die systematische Bewußtseinsentwicklung gesunder Menschen — also für eine erfolgversprechende Jugendarbeit — an. So etwa die Auseinandersetzung mit den verschiedensten religiösen Strömungen, mit philosophischen Antipoden, mit den unfaßbaren Dimensionen des Alls, mit den weltbewegenden

menschlichen Entdeckungen, ihren Begleitumständen und den Hintergründen der Reaktionen, die sie auslösten, und schließlich gehören die Grundlagen der Psychologie hierher, mit dem Phänomen des Bewußtseins und der Frage nach dem Selbst als deterministisch bedingter *Fata Morgana* oder indeterministischer Größe.

Anregen, aufrütteln, Überblick verschaffen und so den einzelnen dazu zu bringen, es sich nicht zu leicht zu machen — das ist unsere Aufgabe. So läßt sich der Abschluß der Persönlichkeitsentwicklung, jene bedenkliche „Fertigkeit“, hinauschieben zugunsten einer ständigen menschlichen Vervollkommnung. Damit fördern wir Urteilsfähigkeit und jenes gesunde Selbstbewußtsein, das kleinlicher Engstirnigkeit, blinder Triebgebundenheit und damit der Polemik jener Interessengruppen, die niedrige Instinkte anzusprechen versuchen, überlegen ist und dabei doch die eigene Bedeutung stets im Rahmen eines unfaßbar Größeren sieht. *Norbert Remppe, Berlin*

4) Lungwitz: Erkenntnistherapie für Nervöse. 1932.